Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 51 (1971-1972)

Heft: 3

Artikel: Europäische Sicherheitsperspektiven : von der Abschreckung zur Friedenssicherung

Autor: Riekhoff, Harald von

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162631

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

un pays comme la Suisse, qui appartient tellement à l'Europe, se joindre à la grande aventure qui consiste à rajeunir un continent, à le mettre à même de jouer à nouveau le rôle essentiel qui est le sien depuis plus de vingt-cinq siècles. La création d'une Europe unie sera sans doute l'un des événements essentiels du vingtième siècle. Ses conséquences seront aussi importantes que celles de la révolution russe. Ce qui rend passionnant le combat pour cette idée, c'est qu'il se déroule sans qu'il soit fait appel à la force ou à la violence. C'est un appel à la coopération et à l'esprit de solidarité qui devrait unir des hommes qui, à travers le temps, se sont certes beaucoup battus, mais qui appartiennent pourtant à la même civilisation, ont les mêmes intérêts et la même conception de la vie. C'est un combat par des moyens honorables pour une noble cause. La génération à laquelle j'appartiens a fait sa part. Aux jeunes, il appartient de terminer l'ouvrage.

5. Winston-Churchill-Gedenkvorlesung, gehalten an der Universität Genf, am 15. Januar 1971.

HARALD VON RIEKHOFF

Europäische Sicherheitsperspektiven

Von der Abschreckung zur Friedenssicherung

Nichts Neues

«In Europa nichts Neues», so könnte die Prognose für die strategische Entwicklung der kommenden Dekade lauten. Die damit angedeutete Immobilität würde aber nur auf die formelle Sicherheitsstruktur Europas zutreffen, nicht auf den Inhalt der sich anbahnenden Ost-West-Beziehungen. Die nähere Zukunft verspricht auch keine Bewältigung des zentralen Problems Europas, nämlich der Teilung dieses Kontinents in zwei sich fremd gegenüberstehende gesellschaftspolitische Systeme, obwohl die erweiterten Kontakte eine allgemeine Auflockerung und ein Abschwächen der gegenseitig empfundenen Bedrohung versprechen. Beim Fortdauern dieses Teilungszustandes ist auch kein dramatischer Wandel in den aus dem Schisma

entstandenen Bündnissystemen zu erwarten, wie zum Beispiel ein Zusammenbruch der NATO oder des Warschaupaktes infolge innerer Konflikte oder die Auflösung beider Systeme auf Grund eines gegenseitigen Abkommens. Als am weitesten gehende strukturelle Veränderung im Rahmen der NATO müsste man allenfalls die Möglichkeit eines Ausstosses kleinerer Bündnispartner wie Griechenlands und Portugals oder eines freiwilligen Rückzuges Dänemarks und Norwegens in eine neutrale Position einkalkulieren. Für den Warschaupakt besteht nicht einmal dieses Mass an Spielraum.

Innerhalb dieser Grenzen öffnen sich aber den europäischen Mächten in Zukunft grössere Möglichkeiten für eine aktive Teilnahme an der Schaffung eines Sicherheitssystems und einer Friedensordnung. In dem sich anbahnenden Dialog mit Osteuropa werden die militärischen Fragen angesichts der Schwierigkeit des Themas zunächst wahrscheinlich im Hintergrund bleiben. Eine fortdauernde Ausklammerung dieser Fragen würde aber gegen die europäischen Sicherheitsbedürfnisse verstossen. Die europäische Sicherheit ist nicht durch Angriffspläne oder Irredentismus im traditionellen Sinne bedroht. Trotzdem bleibt die Lage unsicher und abnormal, denn nach wie vor sind in Europa ungewöhnlich starke Militärstreitkräfte auf engem Raum konzentriert, und nach wie vor fehlt das, was man im völkerrechtlichen Sinn wie nach dem Empfinden der Mehrheit der Bewohner Europas als «Friedensordnung» bezeichnen könnte. Dazu kommen noch die internationalen Auswirkungen innerer Unruhen und die Gefahr der Ausbreitung von Konflikten ausserhalb Europas. Die Sicherheit der europäischen Staaten hängt im besonderen von der Entwicklung der folgenden Probleme ab: 1. von der Erhaltung des strategischen Gleichgewichts zwischen den beiden Supermächten; 2. von der weiteren Miteinbeziehung der europäischen Staaten in die Abschreckungssysteme der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion; 3. von der erfolgreichen Lokalisierung von Konflikten in der Dritten Welt; 4. von der Überwindung interner gesellschaftspolitischer Konflikte und Krisen; 5. von der Weiterentwicklung des existierenden Abschreckungssystems zu einer europäischen Friedensordnung.

Europa im strategischen Gleichgewicht der Grossen Zwei

Was die erste Frage betrifft, so werden die europäischen Staaten weiterhin eine passive, bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen. Das strategische Gleichgewicht wird bestimmt durch amerikanische und sowjetische Entscheidungen über die Entwicklung und den Einsatz neuer Waffensysteme wie der ABM, MIRV und FOBS, ferner durch den Erfolg der zur Zeit stattfindenden SALT-Verhandlungen. Die letzteren werden auf bilateraler Basis

geführt und wahren so nicht einmal mehr den Schein einer Viermächte-Rolle.

Die Sicherheit der europäischen Staaten hängt indessen nicht nur von der Erhaltung des strategischen Gleichgewichts an sich ab, sondern auch davon, dass seine Wirkung in Europa erhalten bleibt. Das nordatlantische Bündnis und der Warschaupakt vermitteln ihren europäischen Mitgliedern einen Anteil am strategischen Abschreckungsvermögen der beiden Supermächte und beziehen auch den Bereich konventioneller Waffen in ihre Abschreckungswirkung ein, indem sie Ersparnisse ermöglichen und einen gewissen Grad von Spezialisierung erlauben. Zur Förderung der Sicherheit dieser Art können die europäischen Staaten aktiv an der Aufrechterhaltung des Bündnissystems und der engen Beziehungen zu ihrem jeweiligen Hauptgaranten mitwirken[1].

Unstabile Dritte Welt – innenpolitische Unrast

Die Stabilität des globalstrategischen Gleichgewichts wird auch weiterhin zu einem grossen Teil bestimmen, ob und wie weit sich Konflikte in der Dritten Welt lokal «einkapseln» lassen, ohne sich auf andere Regionen auszuwirken. Aber auch in dieser Hinsicht ist die europäische Rolle eine mehr als passive: Einerseits bleibt den europäischen Staaten die Möglichkeit, sich gegenüber solchen Konflikten durch diplomatische Einwirkung abzusichern, andererseits lassen sich viele dieser Konflikte präventiv beseitigen, sei es durch Entwicklungshilfe oder durch «Peacekeeping»-Massnahmen der Vereinten Nationen.

Das Sicherheitsproblem im Zusammenhang mit gesellschaftpolitischen Konflikten und inneren Unruhen hat aussenpolitische Auswirkungen, obwohl es zur Hauptsache innenpolitischer Natur ist. Alle grundlegenden gesellschaftspolitischen Veränderungen in Osteuropa sind mit dem Risiko einer erneuten sowjetischen Militärintervention nach dem Prager Muster von 1968 verbunden, und sie würden so den Verständigungsprozess zumindest belasten und ausserdem die europäische Sicherheit gefährden. In Westeuropa würden anarchische Strömungen und Zusammenstösse in der Art der Pariser Maiunruhen von 1968 zwar keine ausländische Intervention mit sich bringen, aber sie würden die Mitarbeit des betreffenden Landes an den Bemühungen um eine Ost-West-Entspannung wenigstens zeitweise aufhalten – als Folge nämlich der daraus sich ergebenden Hinwendung zu innenpolitischen Problemen und auch aus der Furcht, sich vermehrtem kommunistischem Druck auszusetzen. Viele der entfremdeten Gruppen, die der gegenwärtigen politischen Ordnung in Westeuropa feindlich gegenüberstehen, würden ein friedliches Engagement mit Osteuropa begrüssen. Ein

Einspannen dieser Elemente in einen Ost-West-Dialog würde dazu beitragen, die transnationalen Beziehungen inoffizieller Gruppen auf eine breitere Basis zu stellen, und dies könnte der Versöhnung mit dem eigenen Regime dienlich sein[2].

Eine Rolle für Europa

Ohne die bisher genannten Sicherheitsbemühungen ausser acht zu lassen, erscheint ein aktives Mitwirken der europäischen Staaten bei der Schaffung eines dem bisher erreichten Stand der Abschreckung überlegenen Systems der Friedenssicherung als der wichtigste Beitrag der Europäer zur Verbesserung ihrer Sicherheit auf lange Sicht. «Die Friedenssicherung», so wurde vor kurzem gesagt, «setzt zwar das Abschreckungspotential voraus; aber keineswegs als Faktor in einem Drohsystem, sondern als strategische Barriere, die einen Rückfall in ein solches System verhindert[3].» Eine Friedenssicherung kann sich nicht mit der blossen Abschreckung militärischer Vorstösse begnügen, sondern sie zielt darauf ab, auch potentielle Konfliktsherde aus dem Wege zu räumen, ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis zu vermitteln und den Militäraufwand sowohl krisensicherer als auch billiger zu gestalten. Ein solcher Prozess erfordert den aktiven Einsatz der europäischen Staaten – also mehr als die weitgehend passive Rolle, die ihnen die einfache Abschreckungsstrategie bisher überliess. Eine Friedenssicherung im Rahmen der gegebenen Realitäten muss auf das Ziel hin wirken, die Gegensätze abzuschwächen, die Konfliktssituationen zu beseitigen und den in jeder Beziehung unnatürlichen Zustand der Teilung Europas tragbarer zu gestalten, ohne ihn formell zu legalisieren.

In der ersten Entspannungsphase seit der Kubakrise sind die Ost-West-Beziehungen in Europa nur tastend und zögernd vorangekommen, und dies hauptsächlich auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet und in bilateraler Weise. Soll die nächste Phase von entscheidender Wirkung sein, so müssen diese Beziehungen auch multilateralen Charakter annehmen und sich in deutlicherer Weise als bisher an Sicherheitsprobleme heranwagen. Wirtschaftliche Beziehungen könnten sich multilateral gestalten, wenn mehr osteuropäische Staaten dem Beispiel von Jugoslawien und Polen folgten und dem GATT beiträten. Man könnte auch an deren Beitritt zum Europarat, an eine Erweiterung der Funktionen der ECE (UNO-Wirtschaftskommission für Europa) sowie an Wirtschaftsverhandlungen zwischen der EWG und einzelnen osteuropäischen Ländern oder dem COMECON als Ganzem denken. Ursprünglich wurde die westeuropäische Wirtschaftsintegration als eine Schutzmauer gegen den politischen und militärischen Druck der Ostblockstaaten angesehen. In Zukunft kann die EWG im Gegenteil als

Anziehungskraft wirken, die Osteuropa durch verschiedene gemeinsame Projekte und Abkommen enger mit dem Westen verflechtet.

Auf politischer Ebene ist kürzlich eine Serie von Gesprächen und Verhandlungen meist bilateraler Natur angeknüpft worden, die sich von den SALT-Gesprächen über die Viermächte-Verhandlungen um Berlin bis zu den Osterbesuchsgesprächen zwischen Westberlin und der DDR, also über eine weite Skala von Themen im Bereich der Ost-West-Beziehungen, erstreckt. Trotzdem sind konkrete Resultate bisher nur auf dem Gebiet der Gewaltverzichtsverträge zu verbuchen, welche die Bundesrepublik 1970 mit Moskau und Warschau abgeschlossen hat, und auch diese warten noch auf ihre Ratifizierung.

Um eine europäische Sicherheitskonferenz

Es ist durchaus wünschenswert, dass dieses bunte Mosaik von bilateralen Gesprächen weiter anwächst. Die militärpolitische Problematik der europäischen Friedensordnung besitzt aber kontinentale, ja globale Dimensionen und lässt sich daher nicht einfach lokal bewältigen. Die Frage der Truppenreduzierung in Europa, um nur ein Beispiel zu nennen, kann nicht etwa durch ein belgisch-sowjetisches Abkommen gelöst werden. Fortschritte in Richtung auf eine europäische Sicherheitsordnung erfordern multilaterale Massnahmen auf breiter Teilnehmerbasis, auch wenn das Verhandlungsobjekt ein beschränktes ist.

Den besten Rahmen für Verhandlungen dieser Kategorie bilden die bestehenden Militärbündnisse. Eine andere Methode, um multilaterale Sicherheitsverhandlungen einzuleiten, wäre die von den Russen so lautstark propagierte europäische Sicherheitskonferenz. Aber selbst diese würde trotz der Teilnahme auch neutraler Länder letztlich doch unter den Auspizien von NATO und Warschaupakt stehen. Der Hinweis auf die zentrale Bedeutung der beiden Allianzsysteme für die europäische Entspannungspolitik mag auf den ersten Blick paradox wirken, handelt es sich doch um die zwei bewährten Streitrosse des Kalten Krieges, die nun also vereint vor die Friedenskarosse gespannt werden sollen. Indessen haben die bestehenden Bündnisse aber den grossen Vorteil, dass sie auf breiter regionaler Basis angelegt sind, den internen Konsultationsprozess fördern und die Beibehaltung einer symmetrischen Struktur ermöglichen, da in ihnen ja die USA und die UDSSR mit ihren jeweiligen europäischen Partnern verbunden sind. Seit zwei Jahren und besonders seit dem Budapester Treffen vom Juni 1970 hat sich ein offizieller und direkter Dialog zwischen der NATO und dem Warschaupakt angebahnt. Die Ministerkonferenz der einen Partei macht konkrete Entspannungsvorschläge, die von der anderen Seite geprüft und

mit Gegenvorschlägen beantwortet werden. Dieser Dialog könnte die Grundlage für weiterreichende Verhandlungen bilden[4]. Eine europäische Sicherheitskonferenz würde dem Dialog einen etwas formelleren Anstrich geben als der Austausch von Communiqués von Ministerkonferenzen. Sie würde ausserdem den Neutralen ein Mitspracherecht einräumen.

Sowjetische Absichten

Die Idee einer gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz ist seit langem ein fester Bestandteil des diplomatischen Repertoires der Sowjetunion; Molotow schlug schon 1954 eine solche Konferenz vor, Bulganins Genfer Angebot von 1955 enthielt ebenfalls den Vorschlag einer Sicherheitskonferenz und eines kollektiven Sicherheitspaktes für Europa, und dieselbe Idee kam 1964 in Rapackis Rede vor den Vereinten Nationen wieder zum Vorschein und war dann ebenfalls in dem Bukarester Aufruf vom Juli 1966 und dem Karlsbader Treffen vom April 1967 enthalten. Bei der Budapester Zusammenkunft der Warschaupakt-Mächte im März 1969 wurde erneut für eine Sicherheitskonferenz geworben. In jeder darauffolgenden Sitzung von Warschaupakt-Gremien ist dieser Aufruf nachdrücklich wiederholt worden.

Von propagandistischen Zwecken abgesehen, verfolgt die Sowjetunion den Konferenzgedanken darum, weil sie den Status quo in Europa festigen und den amerikanischen Einfluss in Westeuropa abschwächen möchte. Trotzdem weichen die Konferenzvorschläge seit der Intervention in der Tschechoslowakei von den früheren Vorstössen erheblich ab: Der polemische Ton und die Liste der Vorbedingungen sind ausgeblieben; die Teilnahme der USA und Kanadas ist zugestanden worden; und die Auflösung der beiden Pakte wird nicht mehr verlangt. Die Paktsysteme sind ein fester Bestandteil der europäischen Ordnung geworden, und ihr Fortdauern kann von der Sowjetunion als eine Bekräftigung des Status quo angesehen werden. Dazu kommt noch, dass die Existenz des Warschaupakts den Sowjets behilflich sein kann, erneute Interventionsaktionen nach dem Prager Muster zu «legitimieren» und bei einer Sicherheitskonferenz als berechtigter Sprecher für alle osteuropäischen Staaten aufzutreten.

Ein dauernder Dialog – nicht Konferenz im Rampenlicht

Die Gefahren einer verfrühten und nicht genügend vorbereiteten Sicherheitskonferenz sind unleugbar. Ein dramatisches Zusammentreffen ohne positives Resultat würde nur neue internationale Spannungen erzeugen, statt sie zu vermindern, und die Regierungen der westlichen Länder einer

starken öffentlichen Kritik ausliefern. Andererseits sollte man die positiven Aspekte einer gut vorbereiteten Konferenz nicht unterschätzen: Eine Konferenz dieser Art könnte die Entwicklung der Entspannungspolitik weitertragen helfen. Sie würde den Europäern, die von den SALT-Verhandlungen ausgeschlossen sind, das Gefühl einer Mitbestimmung an der Friedensordnung verleihen und sie aktiv in den Ost-West-Dialog einspannen, so dass dieser nicht nur ein Gespräch zwischen den Supermächten bleibt. Ausserdem fiele es gewissen Ostblockstaaten, wie zum Beispiel Rumänien, leichter, auf einer europäischen Sicherheitskonferenz ein eigenes, nicht bloss die sowjetische Position kopierendes aussenpolitisches Profil zu entwickeln, als dies in einem Dialog zwischen den beiden Paktsystemen allein möglich wäre.

Dies alles setzt voraus, dass die Sicherheitskonferenz nicht die Form eines einmaligen Ereignisses annimmt, sondern als ein langfristiger Prozess mit bestimmten Aufgaben aufgefasst wird. Die Genfer Abrüstungskonferenz könnte hierbei als Modell dienen. Genau wie bei der letzteren würde sich eine europäische Sicherheitskonferenz mit der Definition von Begriffen und mit der detaillierten Bearbeitung technischer Fragen befassen. Beim Problem einer beiderseitigen Truppenreduzierung etwa, um ein Thema zu nennen, das eine zukünftige Sicherheitskonferenz sicherlich beschäftigen wird, gäbe es nicht nur technische Fragen über die erforderliche Notifizierung und Inspektion zu beantworten, sondern auch zu klären, auf welche Art das Gleichgewicht bei einem Truppenabzug zu berechnen wäre: auf Grund der Mannschaftsbestände, auf Grund der Zahl der Divisionen oder nach der reduzierten Schlagkraft? Es ist zu erwarten, dass die Hauptinitiative für neue Sicherheitsmassnahmen von ausserhalb, wahrscheinlich von den beiden Paktsystemen und nicht von der europäischen Sicherheitskonferenz selber, ausgehen wird. Immerhin könnte die Konferenz mit der Ausarbeitung der aus diesen Vorschlägen entstehenden technischen Fragen einen nützlichen Beitrag leisten und dazu beitragen, die Zahl der am Abkommen beteiligten Staaten zu erweitern. Dies würde etwa dem Beitrag entsprechen, den die Genfer Abrüstungskonferenz beim Zustandekommen des Teststopp- und des Nonproliferationsabkommens geleistet hat. Die Sicherheitskonferenz könnte ausserdem Sicherheitsabkommen ratifizieren, die zwischen den beiden Paktsystemen oder zwischen einigen ihrer Mitglieder abgeschlossen worden sind, um sie dadurch auf breiterer Basis zu legitimieren.

Mögliche Traktanden

Wichtiger als die Form dieser Verhandlungen ist der Inhalt der zu treffenden Sicherheitsabkommen. Die erste Generation von Massnahmen wird wahr-

scheinlich vom rein militärischen Standpunkt aus wenig zur Sicherheit beitragen, sondern dazu dienen, ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis anzubahnen und einen Modus für die darauffolgenden Verhandlungen zu schaffen. Ein allgemeines Gewaltverzichtsabkommen könnte als symbolischer Akt das Vertrauen stärken und die gegenseitigen Diffamierungen erschweren. Da zur Zeit keine Partei in Europa militärische Angriffspläne hegt, wäre ein Gewaltverzichtsabkommen ein echter Reflex der bestehenden Verhältnisse in Europa. Konkrete Bedeutung würde ein solcher Schritt allerdings erst dann erlangen, wenn sich alle Signatarstaaten verpflichteten, die Prinzipien der uneingeschränkten Souveränität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und der Unverletzlichkeit der Grenzen ohne Unterschied auf das politische und gesellschaftliche System eines Vertragspartners zu respektieren. Eine Verpflichtung dieser Art würde erheblich von der Breschnew-Doktrin abweichen, die diese Prinzipien zwar für die Beziehungen zwischen den Blöcken anerkennt, nicht aber als Norm für Beziehungen innerhalb des Warschaupakts gelten lässt.

Man könnte ausserdem an bestimmte militärische und technische Massnahmen denken, die die Möglichkeit eines Überraschungsangriffs vermindern und das «Krisenmanagement» erleichtern. Der Austausch von Verbindungsoffizieren, die gegenseitige Information über geplante Manöver und die Verbindung aller Unterzeichnerstaaten durch «heisse Drähte» gehören in diese Kategorie, welche Frederick Wyle treffend als «Etikette der Konfrontation» bezeichnet hat[5]. Derlei Formeln hatten vor zehn Jahren allerdings noch grössere Bedeutung, denn damals ging es darum, ein strategisches Gleichgewicht herzustellen und einen Ost-West-Dialog überhaupt anzubahnen. Da auf diesem Gebiet erheblicher Erfolg erzielt worden ist, sind «kosmetische» Experimente dieser Art heute weniger erforderlich geworden und könnten eventuell mehr Misstrauen säen und Verwirrung stiften als wirklich behilflich sein.

Beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierung?

Viel wichtiger für die Friedenssicherung in Europa wäre ein Abkommen über eine «beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierung» in Europa, wie sie auf der NATO-Ministerkonferenz in Reykjavik vorgeschlagen wurde. Sie brächte ein konkretes Ergebnis mit direkten Auswirkungen auf die militärische Schlagkraft und Kostenstruktur und nicht nur einen oberflächlich-kosmetischen Eingriff. Das Ziel einer beiderseitigen Truppenreduzierung wäre die Verbesserung oder zumindest die Beibehaltung des strategischen Gleichgewichts bei vermindertem Kostenaufwand und erhöhtem Sicherheitsgefühl.

Die an sich bestechende Logik dieses Gedankens darf freilich nicht dazu verleiten, seine grosse Problematik zu übersehen. Erstens gibt es – auch bei bestem Willen aller Beteiligten – erhebliche technische und prozedurale Schwierigkeiten, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Massstab, mit welchem man die in Aussicht genommene Reduzierung hüben und drüben vergleichen soll. Zweitens fehlt bei den Russen das Interesse an Gegenseitigkeit, solange eine einseitige Kürzung der amerikanischen Truppen in Europa als eine ja ohnehin beschlossene Sache erscheint. Drittens schreiben sowjetische Militärstrategen den konventionellen Landtruppen in Europa ein grösseres Abschreckungspotential zu, als dies im Westen üblich ist, und daher würde die UDSSR weniger gewillt sein, gerade auf dieser Ebene sich in grössere Experimente einzulassen. Viertens erfordert das strategische Gleichgewicht, dass das Problem der Truppenreduzierung gesamteuropäisch und nicht nur punktuell angepackt wird. Der Gegenvorschlag des Warschauerpaktes im Budapester Memorandum vom Juni 1970 – der Gedanke, die Reduzierung auf fremde Truppen zu beschränken, das heisst in erster Linie auf amerikanische, britische und französische Truppen in der Bundesrepublik und sowjetische Truppen in Osteuropa – würde nur den mitteleuropäischen Raum berühren, aber sowjetisches Territorium von der Truppenverminderung ausschliessen. Eine Lösung, die sich mit fremden Truppen begnügt, hätte ausserdem die unangenehme Folge, das militärische Potential der beiden deutschen Staaten als relativ stark vergrössert erscheinen zu lassen. Und schliesslich, fünftens, ist es im Sinne der europäischen Sicherheit notwendig, dass eine Truppenreduzierung das Gleichgewicht nicht gefährdet; die ohnehin vorliegenden asymmetrischen Tendenzen – auf strategischem Gebiet das weitere Abrücken der USA, auf politischer Ebene das verstärkte politische Gewicht der sowjetischen Präsenz in Osteuropa – könnten aber während des Wandlungsprozesses noch deutlicher in den Vordergrund treten und das Gleichgewicht gefährden.

Timothy Stanley hat einen Truppenreduzierungsvorschlag skizziert mit dem der Anreiz für eine Reduzierung aufrechterhalten werden soll, ohne das Gleichgewicht zu gefährden[6]. Stanley schlägt eine Truppenreduzierung in drei Phasen vor: Die erste Phase würde aus einer zehnprozentigen einseitigen Kürzung der amerikanischen Truppen in Europa bestehen, um überhaupt einen Bewegungsspielraum zu schaffen und den ganzen Prozess anzukurbeln. Hernach sollen die Truppen der NATO und des Warschaupakts auf mitteleuropäischem Boden um je zehn Prozent gestrichen werden. Als letzter Schritt soll dann die Gesamtzahl der Truppen der NATO und des Warschaupakts um fünfzehn Prozent verringert werden. Ein umfassendes Abkommen dieser Art könnte abgeschlossen werden, sobald beide Paktsysteme die Bindung eingehen, die nun erreichten, niedrigen Truppen-

bestände nicht wieder zu überschreiten. Vielleicht wäre es auch möglich, den Reduzierungsprozess auf den Bereich taktischer Kernwaffen auszudehnen und das heikle Thema der atomfreien Zonen für Europa wieder aufzugreifen.

Dies wären allerdings Wandlungsprozesse auf sehr lange Sicht. Da selbst bei schon im Gang befindlichen Verhandlungen, wie bei den SALT-Gesprächen und den Viermächte-Gesprächen um Berlin, eine Übereinkunft noch alles andere als gewiss ist, bieten die noch nicht einmal angelaufenen Verhandlungen freilich wenig konkrete Aussicht auf Erfolg.

Es ist daher zu erwarten, dass das Schwergewicht der Entspannungsversuche zwischen Ost und West zunächst andere Themen betreffen wird, wie zum Beispiel eine engere Zusammenarbeit in Wirtschaft, Forschung und Umweltschutz, während man sich vorläufig hütet, sich an die harte Nuss militärischer Abmachungen heranzuwagen. Eine aktive Einschaltung der Bündnissysteme in die Diskussion über Fragen der ersteren Kategorie würde nur neue Belastungen bringen. Zu einer festen europäischen Friedensordnung auf lange Sicht dagegen gehören vor allem konkrete militärische Massnahmen, die am besten auf multilateralem Weg und durch einen direkten Dialog zwischen den beiden Paktsystemen herbeizuführen sind. Um die gemeinsamen Ziele zu betonen und die Zusammenarbeit in Hinblick auf eine Friedensordnung zu beleben, könnte es von Nutzen sein, wenn sich NATO und Warschaupakt zu diesem Zwecke in einer europäischen Sicherheitskonferenz begegnen würden, ohne dabei ihre selbständige Existenz und Abschreckungsfunktion aufzugeben.

[1] In seiner Untersuchung von 17 historischen Fällen stellt Bruce Russett fest, dass der Erfolg einer Abschreckungsstrategie weniger von der absoluten Wichtigkeit des Garantieobjekts für den Schutz bietenden Staat abhängt als vom Grad der gegenseitigen Beziehungen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. («The Calculus of Deterrence», in: Journal of Conflict Resolution, Bd. 7 [1963], S. 97 bis 107). – [2] Eine interessante Stellungnahme zum Thema findet man in Johan Galtung, International Implications of Social Change in European Countries. (Adelphi Paper, Nr. 71), London 1971, S. 13–22. – [3] Ludwig Schulte, «Politische Konsultation und Friedenssicherung», in: Aussenpolitik, Bd. 21 (1970), S. 18. – [4] Manlio Brosio, «NATO's Moves to Force Security in Europe», NATO Letter, Bd. 18 (1970), S. 3. – [5] Frederick Wyle, «Is European Security Negotiable?», in: Survival, Jg. 1970, S. 190. – [6] Timothy Stanley, A Conference on European Security? Problems, Prospects and Pitfalls, Washington 1970, S. 38–43. Ein früherer Vorschlag über dasselbe Thema findet sich in Harald von Riekhoff, NATO: Issues and Prospects, Toronto 1967, S. 144–157.